

# **Unabhängiger Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

*Messe Wien, 1020 Wien, Messeplatz 1  
30.10.2014, 13:00 bis 17:00 Uhr*

**Vorsitz:** Marianne **Schulze**

**Mitglieder des Ausschusses:**

Vertreter/innen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Marianne **Schulze**  
Silvia **Weissenberg**  
Florian **Wibmer**  
Christina **Wurzinger**

Vertreter aus dem Bereich der Menschenrechte:

Gunther **Trübswasser**

Vertreterin aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Magdalena **Kern**

Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:

Ursula **Naue**

**Ersatzmitglieder des Ausschusses:**

Bernadette **Feuerstein**  
Johanna **Mang** (Schriftführerin)  
Wolfgang **Nowak**  
Eva-Elisabeth **Szymanski**

**Büro:** Waltraud **Palank-Ennsmann**

Wolfgang **Iser**

**GebärdensprachdolmetscherInnen:**

Christian **Bruna**  
Sabine **Zeller**

**Schriftzeile:**

Peter **Abel**  
Gudrun **Amtmann**

**Zeichenprotokoll:**

Petra **Plicka**

## **Resümeeprotokoll**

### **Begrüßung, grober Ablauf, Vorstellungsrunde**

Die Vorsitzende, Marianne Schulze, begrüßt alle Anwesenden zu der heutigen 11. Öffentlichen Sitzung, und die anwesenden Mitglieder des Büros und des Monitoring-Ausschusses stellen sich vor. Insbesondere werden die beiden neuen Mitglieder Magdalena Kern und Eva-Elisabeth Szymanski begrüßt. Die neue Website gibt nun gut und barrierefrei Auskunft über alle Aktivitäten, Stellungnahmen und Protokolle der Sitzungen.

Marianne Schulze erläutert den Ablauf der Öffentlichen Sitzung mit dem Schwerpunkt Politische Partizipation.

## Beschlussfassungen

Die **Tagesordnung** wird genehmigt.

Die **Stellungnahme „Barrierefreie Behördenwege“** wird einstimmig beschlossen.

Der Beschluss einer Stellungnahme zur **Novelle zum Universitätsgesetz** im Umlaufwege wird protokolliert. Die Vorsitzende bedankt sich für Inputs von Wolfgang Nowak und Florian Wibmer.

## Vorstellung der Diskussionsgrundlage in Leichter Sprache

Marianne Schulze leitet ein, dass barrierefreie Partizipation ein sehr wichtiges Thema ist. Die Diskussionsgrundlage liegt auch in Leichter Sprache vor. Petra Plicka stellt die Diskussionsgrundlage zusammenfassend und in Zeichnungen vor. Die Diskussionsgrundlage und die Zeichnungen werden gemeinsam mit dem Protokoll veröffentlicht.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass Herr Claus Pirschner von Radio FM4 für einen Beitrag Tonaufnahmen mitschneidet. Wer nicht aufgezeichnet werden will, möge dies bitte sagen.

## Diskussion

Es beginnt die Diskussion zu 3 Themenblöcken:

- Wie kann man an Entscheidungen teilhaben?
- Wie kann man Behindertenpolitik machen?
- Was kann man besser machen, um Partizipation zu steigern?

Lucia Vock, Vienna People First: Partizipation ist sehr wichtig und gut. Aber funktioniert nicht solange Menschen mit Behinderungen besachwaltet sind, da sie bevormundet werden.

Marianne Schulze fragt nach, wie es Frau Vock nun geht, da Frau Vock nach 25 Jahren nicht mehr besachwaltet ist. Ob sie einen Tipp hat, wie es trotzdem geht.

Lucia Vock: Man darf sich nicht die Selbstständigkeit nehmen lassen; man muss auch weiter selbst hinterfragen. Man muss sich trauen.

Mathias Schmuckerschlag, Initiative Elektra („Elektroautos müssen ein Warngeräusch haben“): Er möchte sich zum Thema Wahlen betreffend blinde und sehbehinderte Menschen äußern. Wahlschablonen gibt es – da gibt es ein gutes Modell von der Universität Wien; dieser Standard gilt nicht bei allen anderen Wahlen wie Nationalrat, Landtags- und Gemeinderatswahl, dort sind Schablonen ohne Brailleschrift. Das Schreibgerät müsste von einer Vertrauensperson oder einer unabhängigen WahlbeobachterIn überprüft werden. Es sei ihm gesagt worden, dass das Modell der Universität Wien einer Norm nicht entspreche – er wisse dazu aber nichts Genaueres.

Martin Winter, LOK (Leben ohne Krankenhaus): Menschen mit Psychiatrieerfahrung sollten generell bei Arbeitsgruppen im Parlament oder im Sozialministerium mitmachen können. Man müsse als Betroffener mitarbeiten können.

Oswald Föllner, Vienna People First: Es sei sehr krass, dass bei Wahlen für Menschen mit Lernschwierigkeiten keine Unterstützung vorhanden ist. Es ist schwer mit den vielen Namen auf den Listen und Kleingedrucktem. Wichtig wäre, dass jemand zur Unterstützung da ist. Es sei Persönliche Assistenz für Menschen mit Lernschwierigkeiten versprochen worden; aber seit der letzten Nationalratswahl sei dazu nichts geschehen.

Markus Wolf, Blinden- und Sehbehindertenverband Österreich: Wahlen seien noch nicht ganz barrierefrei; bei der Wahl zum Europäischen Parlament sei es schon besser gewesen. Die Wahlschablonen seien noch nicht ausreichend – also auch mit Brailleschrift gekennzeichnet, weil das Gesetz dies nicht erlaube. Parteien dürften nämlich nur in einer genau bestimmten Form abgekürzt werden. Schablonen müssten die KandidatInnen durchnummeriert haben und die Partei müsste daneben stehen. Partizipation bei Wahlen – nicht nur Nationalrat, Europäisches Parlament – sondern auch bei den im November stattfindenden Personalvertretungswahlen des Bundes sei leider immer

noch nicht selbstständig möglich. Es werde oft argumentiert, dass für ein kleines Ressort nicht eigene Schablonen erzeugt werden könnten.

Herbert Heintz, Hilfe zur Selbsthilfe für seelische Gesundheit, Landesverband NÖ: Psychisch beeinträchtigte Menschen würden nicht einbezogen wenn es um das Reha-Geld gehe. Die medizinische Begutachtung erfolge intransparent. Man habe keine Chance mitzusprechen. Die ÄrztInnen hätten oft keinen fachlichen Hintergrund, ein Facharzt eines anderen Teilgebiets sei oft für psychiatrische Gutachten zuständig.

Johann Burgstaller, pro mente Schärding: Im Land Oberösterreich seien Menschen mit Psychiatrieerfahrung sehr positiv eingebunden.

Marianne Scsepka: Sie lebe in NÖ – sie sehe auch eine Problematik in Bezug auf Wahlen. Mit dem Bürgermeister könne sie nicht in Verbindung treten, denn es gebe keine Veranstaltung mit Gebärdensprachdolmetsch. Sie könne daher auch schwer eine Entscheidung finden. Sie möchte hinweisen, dass gehörlose Menschen an viele Informationen nicht herankämen. Sie habe den Bedarf beim Bürgermeister gemeldet – es seien insgesamt 8 gehörlose Menschen in der Gemeinde. Bislang habe sie noch keine einzige Veranstaltung erlebt, die gedolmetscht wurde.

Lucia Vock: Wenn man alle gehörlosen und blinden Menschen zusammenzähle, dann sind das sehr viele WählerInnen.

Sabine Franz, Vienna People First: Sie möchte anmerken, dass es Wahlzettel für Menschen für Lernschwierigkeiten brauche; auch die Wahlzellen und -lokale sollten für alle barrierefrei gekennzeichnet werden.

Marianne Schulze heißt Schülerinnen und Schüler der Wiener Schule für Sozialberufe herzlich willkommen.

Erich Girlek, Netzwerk Selbstvertretung Österreich: Politische Partizipation ist sehr wichtig. Nicht nur bei Wahlen, sondern auch wenn es um Entscheidungen geht, müsse man mitbestimmen dürfen. „Das ist unser Recht.“ Es geht darum, dass ExpertInnen in eigener Sache mitsprechen, nicht immer nur Fachexperten. Menschen mit Lernschwierigkeiten, wenn man sie fragt, muss man sie auch ernst nehmen – nicht nur fragen. Sitzungen müssen so gemacht werden, dass man auf Augenhöhe mitmachen könne – wie eben Zeichenprotokolle, rechtzeitiges Ausschicken von Materialien etc. Die größten Barrieren sind in den Köpfen – vor allem wenn in schwieriger Sprache gesprochen wird, oder gedacht wird, dass man uns nichts zutraut. Bei Gesprächen und Sitzungen sollten Ampelkarten benutzt werden. ModeratorInnen merken leichter, wenn etwas nicht passt. Viele SelbstvertreterInnen benutzen die Karten nicht gerne, weil man zeigt, dass man etwas nicht verstanden hat. Wenn man Sitzungen macht, sollte man sagen, dass Karten für alle aufliegen, und alle bestärken, diese zu benutzen. Er habe das gute Beispiel erlebt, wo es gut funktioniert. Das beste Beispiel ist der Monitoringausschuss. Am besten macht dies Frau Schulze, die immer Leichte Sprache einfordert.

Marianne Schulze bedankt sich für das Lob – und ermuntert alle sich zu Wort zu melden. Sie erinnert, dass Ampelkarten hier vor dem Saal aufliegen. Sie hofft, dass sie bei dieser Sitzung keine Anwendung brauchen.

Mathias Schmuckerschlag: Bei Skripten an der Universität Wien sei die Aufbereitung für Blinde und sehbehinderte Menschen oftmals ein Problem, weil wenig Budget zur Verfügung stehe. Es seien nur 2 Personen dafür zuständig, man bräuchte auch in den anderen Universitäten viel mehr Personal für viele Studiengänge, damit man diese erfolgreich abschließen könne. Die Matura sei oftmals schon ein Hindernis, wichtig sei auch die Schulwahl – sodass man dort maturieren könne, wo man will. Er weist auf das Aushungern des Bildungsbereichs generell hin.

Gertrude Sladek: Man müsse prinzipiell das Recht zur Partizipation haben, Menschen mit Behinderungen müssen ernst genommen werden, weil sie eine Bereicherung für die Gesellschaft sind. Es brauche Chancen auf Bildung und Entfaltung der Persönlichkeiten und Fähigkeiten. Sie wisse

aus persönlicher Erfahrung, dass ihre Meinung oft und sehr geschätzt werde. Diese Wortmeldung könne und solle aufgezeichnet werden.

Volker Schönwiese, Universität Innsbruck: Er sitze in der Begleitgruppe zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans. Aber im Grunde funktioniere diese nicht. Der NAP sei ohne Teilhabe von Menschen mit Behinderungen beschlossen worden. Nun sei in der Begleitgruppe die Grenze für ihn erreicht – er müsste zurücktreten. Z. B. beim Thema schulische Integration – diese wurde immer eingefordert. Zugleich habe es in Zeiten von Ministerin Schmid eine Zusage an die Landesschulräte gegeben, dass Sonderschulen jedenfalls bestehen blieben. Wozu solle man partizipieren, wenn Entscheidungen dann woanders getroffen würden. Was solle man machen, wenn der Prozess stocke, wenn kein ernsthafter politischer Wille und keine Mittel zur Umsetzung vorhanden seien. Er meine, Partizipation ja – aber man müsse auch gehen können und sagen es funktioniert nicht. Die Frage sei: was tue ich, wenn's nicht funktioniert, wann muss ich gehen?

Marianne Schulze weist darauf hin, dass unter der neuen Bildungsministerin Heinisch-Hosek positive Signale zu erkennen seien.

Rita Donabauer, pro mente austria, bestärkt, was Volker Schönwiese gesagt hat. Vieles im Vorfeld sei schon beschlossen – d.h. Teilhabe sei eine Alibihandlung. Es stehe im Gesetz, dass Arbeitsgruppen gebildet werden müssten – aber es werde wenig darauf geachtet, was wirklich eingebracht wird. Man müsse dies einfordern.

Marianne Karner, BIZEPS, berichtet aus einer Pflegeeinrichtung, wo ein junger Mensch mit 42 Jahren, der nicht besachwaltet sei, nicht die Informationen bekomme, wie er partizipieren kann, er sei in Entscheidungen nicht eingebunden. Es sei sehr schwierig für schwer behinderte und chronisch kranke Menschen, die in Einrichtungen leben, wie sie mitgestalten können, was ihr Leben in dieser Einrichtung betrifft. Es brauche Strukturen für Mitentscheidung für Lebensangelegenheiten.

Roswitha Schachinger, WAG Assistenzgenossenschaft: Es gebe oftmals Alibihandlungen, man müsse sehr kämpfen, um auch wirklich zur Partizipation zu kommen. Man müsse es festschreiben, wie der Prozess aussieht für Partizipation. Es sollte bei jeder Gesetzeswerdung klargestellt und festgeschrieben werden, wie Partizipation möglich ist, und auch in jedes Gesetz hineingeschrieben.

Marianne Schulze: Ein eigenes Partizipations-Gesetz wäre wünschenswert, mit Grundlagen, wie Partizipation im Gesetzeswerdungsprozess stattzufinden habe.

Gunther Trübswasser: Es grassiere die „Beiratitis“, aber Einbezogene hätten nur beratende Stimme, man könne irgendetwas sagen, passieren würde aber ganz etwas anderes. Menschen mit Behinderungen müssten auch in die Gremien kommen können, wo die Entscheidungen fallen; und an politischen Entscheidungsprozessen wirklich mitwirken können. Wichtig sei ihm aus eigener Erfahrung aus dem ÖÖ Landtag, wenn man direkt mitentscheiden kann, kann man wirklich etwas beitragen. Tätigkeit im Gemeinderat sei wichtig, weil hier die unmittelbare Umgebung für Menschen mit Behinderungen gestaltet werde.

Martin Winter: Es solle Sitzungen geben direkt mit dem Sozialminister; der solle dies dann ins Parlament tragen. In den Spitälern seien die Patientenanwälte nicht präsent, man komme nicht zu diesen durch. Anhaltungen ohne richterliche Anordnungen seien häufig, eine pro-aktive Haltung der PatientenanwältInnen fehle.

Marianne Schulze: Bundesminister Hundstorfer sei heute leider verhindert, er habe eine Vertretung geschickt. Im Saal seien VertreterInnen aus Nationalrat und Landtagen anwesend.

Florian Wibmer meint, es seien viele Menschen hier, die eine ehrenamtliche Tätigkeit machen. Welche Zeitressourcen gebe es, damit Menschen zu Wort kommen können? Wer übernehme die Kosten für Persönliche Assistenz, Dolmetsch – damit man partizipieren kann? Viele Vereine würden gerne ihre Anliegen weitergeben, haben aber nicht die Unterstützung und notwendigen Ressourcen dafür. RegierungsvertreterInnen sollten mehr Treffen mit SelbstvertreterInnen abhalten.

Petra Plicka fasst in Leichter Sprache und mit Zeichnungen die bisherigen Wortmeldungen zusammen. Applaus für die Zusammenfassung aus dem Publikum.

Johannes Burgstaller: Barrierefreiheit in den Köpfen sei auch wichtig betreffend Menschen mit psychischen Erkrankungen. Medien berichten oftmals sehr einseitig und selektiv. Es sei wichtig, da Bewusstseinsbildung zu machen.

Marianne Schulze: In manchen Ländern gebe es Erste-Hilfe-Kurse zu psychischen Beeinträchtigungen.

Marianne Scsepka: Sie sei gehörlos und reise sehr gerne. Sie sei in unterschiedlichen Gruppen unterwegs. Oftmals sei es schwierig bei Reisen, einen Dolmetscher mitzunehmen oder zumindest Unterlagen zur Verfügung gestellt zu kriegen. Es sei nicht selbstverständlich, dass sie partizipieren könne. Müsse sie ins Reisebüro gehen und ihre Ohren rot anstreichen, damit man verstehe, dass das Ohr nicht hören kann? In London habe sie überrascht festgestellt, dass in der U-Bahn, in Museen, sobald sie angezeigt habe, dass sie nicht hören kann, ihr eine Alternative angeboten wurde. Das gebe es also in anderen Ländern. Sie überlege sich, was es hier brauche – eine Zertifizierung, ein Pickerl, das anzeigt, dass man teilhaben kann.

Markus Wolf: Nur 5 Prozent der Literatur sei für sehbehinderte und blinde Menschen zugänglich, ebenso Berichte und Dokumente, die wichtig seien für politische Partizipation. Ein Beispiel: Seitens des Blindenverbands habe man bei den EU Parlaments- und Kommissionstellen in Wien angerufen und den Bericht der EU zu Umsetzung der UN Konvention in barrierefreien Formaten angefragt. Kein einziges barrierefreies Format sei erhältlich gewesen, weder in Braille, großer Schrift noch elektronisch. Ohne Information sei Partizipation nicht möglich!

Herbert Heintz: Was solle man tun, wenn etwas nicht funktioniert? Er gebe nicht auf, er hake nach – einfach nicht locker lassen. Über die Zeit ändere sich dann schon etwas. Er habe da Erfahrungen bei der Einbeziehung in Evaluierungen gemacht. Bei Parteien habe man hat fast keine Chance, wenn man nicht Mitglied sei. Man könne über Freunde, die drinnen sitzen, etwas bewegen. Wichtig sei es, sich zu vernetzen. SelbstvertreterInnen, auch in Evaluierungen, würden als Feigenblatt benutzt. Es werde viel Geld für Evaluierung ausgegeben, als Selbstvertreter habe er aber keine Aufwandsentschädigung erhalten.

Marianne Schulze: Es hänge auch viel von den persönlichen Ressourcen ab, wie viel man sich engagieren könne.

Michael Schwanda, Justizministerium: Er gebe Rückmeldungen zu bisherigen Wortmeldungen. Er arbeite mit Frau Schulze in der Arbeitsgruppe „Maßnahmenvollzug – Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen“. Das Sachwalterrecht befinde sich in Reform, weg von einer überschießenden Einschränkung hin zu Unterstützung bei Entscheidungen. Zum Heimaufenthaltsgesetz verweise er auf BewohnerInnenvertretung, die diese Anliegen aufnehmen und vertreten sollte. Beim Zugang zu Justiz und Gerichten bemühten sich alle, Neu- und Umbauten barrierefrei zu gestalten. Es gebe auch Schulungen für RichterInnen. Es gebe Recht auf Dolmetschung und auf Vertrauenspersonen. Verfahrenshilfe werde geleistet. Bei RichterInnen mit Behinderungen habe sich in letzter Zeit bei den Verwaltungsgerichten etwas bewegt.

Marianne Schulze: Der Zugang zu BewohnerInnenvertretung / PatientInnenanwaltschaft sei schwierig, man müsse sich das anschauen.

Dorothea Gschöpf, VertretungsNetz: Ergänzung zur Stellungnahme: Nach geltender Rechtslage könnten besachwaltete Menschen ohne Einschränkung wählen und gewählt werden.

Karin Rowhani-Wimmer, VertretungsNetz: BewohnerInnenvertreterInnen seien nur zuständig für Freiheitsrechte. D.h. da gebe es tatsächlich eine gesetzliche Schutzlücke.

## Pause

### Fortsetzung der Diskussion

Marianne Schulze informiert, dass man auch noch in den nächsten Tagen schriftlich oder per E-Mail eine Rückmeldung geben kann.

Josef Schlenkert, pro mente Wien: Die Vertretung von Menschen mit psychischen Erkrankungen sei oftmals schwierig. Die rechtliche Basis in Oberösterreich für die Interessenvertretungen im OÖ Chancengleichheitsgesetz seien eindeutige und klare Richtlinien, wie dies umgesetzt werden solle. In Wien gebe es derzeit nur Empfehlungen und keine Richtlinien oder Gesetze. Hier sollte es klare rechtliche Grundlagen in ganz Österreich geben – für glaubwürdige und legitimierte Vertretung.

Oswald Föllerer: Er habe leider erfahren müssen bei Vienna People First, es herrsche in einer Einrichtung Fremdbestimmung und nicht Selbstbestimmung. Zur Frage Unterstützung der Selbstbestimmung: Es sei schwer, wenn man in keinem Verein sei, eine Unterstützung zu bekommen. Auch sei es schwer, einen Verein zu gründen und Vereinsstatuten aufzustellen. Es gebe kaum Unterstützung im Vorfeld, was in Statuten stehen solle, wohin man sich wenden könne.

Marianne Schulze: Im Nationalen Aktionsplan sei dazu etwas vorgesehen.

Erich Girlek: Er danke dem Justizministerium für die gute Arbeit in der Arbeitsgruppe Unterstützte Entscheidungsfindung. Peter Barth mache das großartig, auch die RichterInnentagung in Kitzbühel sei ein großer Erfolg gewesen. Was noch fehle seien Informationen dazu im Internet.

Pia Wolf, Verein Balance: Ihr sei ein Hauptschulabschluss in Aussicht gestellt, dann aber vorenthalten worden, das sei sehr unfair.

Marianne Schulze: Dies sei ein Einzelfall, der nach der Sitzung besprochen werden könne.

Johanna Mang weist darauf hin, dass Projekte der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zur Förderung der Demokratie auf Menschen mit Behinderungen ausgerichtet sein müssen. Österreich würde da viele Projekte fördern, und man müsse achten, dass dann wirklich Partizipation stattfinde.

Daniel Wied, Caritas Region Weinviertel: Er begleite Pflegekinder. In der neuen Mittelschule sei sehr unklar, welche Informationen für Kinder mit Behinderungen seien, welche LehrerInnen für die Kinder zuständig seien. Sonderschulen mögen in Richtung integrative Schulen entwickelt werden, hier brauche es Partizipation der Eltern, damit es erfolgreich werde, und klare Weitergabe von Inhalten und Information. Die Lernfreude der Kinder leide auch, wenn die Kommunikation LehrerInnen – Eltern nicht funktioniere.

Thomas Schweinschwaller, Vielfarben Beratung und Training: Er sei seit 12 Jahren in der Prozessbegleitung tätig und forsche auch in zwei Instituten. Er habe Interessensvertreter von Menschen mit Lernschwierigkeiten interviewt: In vielen Organisationen gebe es schon viele gute Ansätze, aber oft komme man in der Öffentlichkeit nicht zu Wort. In Arbeitsgruppen stimmfähig und gleichberechtigt dabei zu sein, sei kaum möglich. Z.B. wenn alle durcheinander sprechen, verstünden viele gar nichts mehr. Was weiter schwierig sei: zu wenig Vorbereitung für die Sitzungen.

Aus den Interviews - was gewünscht sei:

- Sehr, sehr gutes Arbeitsklima, auch wenn man unterschiedlicher Meinung ist.
- Es soll eine rote Karte geben, wo man sofort stopp sagen kann.
- Kürzere Veranstaltungen mit maximal 3 Stunden, jede Stunden eine Pause.
- Moderation, die Menschen mit Behinderungen unterstützt.
- Protokolle in einfacher Sprache – und diese rechtzeitig zu erhalten, d.h. 14 Tage vorher; persönliche Unterstützung zur Vorbereitung, aber in der Sitzung für sich selber sprechen.
- Es ist immer Einfache Sprache gewünscht.

Marianne Schulze: Beim Monitoringausschuss gebe es in die Stellungnahmen Leichter Sprache, die Protokolle noch nicht.

Jürgen Artner-Rauch, Caritas Werkstatt Zwettl: Für sehbehinderte und blinde Menschen gebe es in NÖ, wo er lebe, noch keine akustischen Ampeln; in Wien gebe es das schon. Nach der Arbeit möchte er auch alleine hingehen, wohin er möchte, er möchte alleine unterwegs sein können. Sonst sei er immer zu Hause.

Milos Mitic, Wiener Schule für Sozialberufe: In Niederösterreich werde bei Barrierefreiheit ganz bewusst eingespart; die Aussage von Politikern sei, dass es ‚eh schon viel besser‘ als in anderen Bundesländern sei. Man solle nicht solche Vergleiche ziehen. Er sei neu in diesem Beruf und man sollte sehr dahinter sein, dass da mehr Motivation für Barrierefreiheit sei.

Anton Blitzstein, Künstler: Er wünsche sich auch eine Partnervermittlung für Menschen mit Behinderungen. Er habe bei einer Partnervermittlung angerufen. Es sei ihm gesagt worden, die Wirtschaftskammer habe gesagt, Menschen mit Behinderungen dürften nicht vermittelt werden.

Christina Utrata: Sie sei mit Tochter und Assistenzhund hier. Hunde unterstützten wirklich sehr, es sei gut, dass nun seit Juli das Gesetz geändert worden sei. Es müsse noch mehr Öffentlichkeitsarbeit geben; sie dürften oftmals nicht in Geschäfte oder Lokale hinein. Tierische Assistenz müsse noch viel mehr anerkannt werden.

Claudia Schweinzer: Sie sei gehörlos. Hier seien so viele Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen. Menschen, die gehörlos sind, hätten es sehr schwer sich einzubringen, weil keine oder so wenige Informationen vorhanden sind. Radiohören könne man nicht, im Fernsehen seien nur wenige Sendungen untertitelt. Sie wüssten gar nicht, worauf sie ein Recht haben und könnten das dann auch nicht einfordern. Es brauche ganz viel Information.

Josef Schlenkert: Politische Partizipation kann nur möglich werden, wenn Partizipation im Alltag stattfindet. Es gebe Erfahrungen aus der Schweiz aus einem Pilotprojekt in Basel mit Menschen mit Lernschwierigkeiten. Es sei gescheitert, die Menschen hätten sich zu sehr an ‚Hilflosigkeit‘ gewöhnt. Die Möglichkeit mitzubestimmen sei gar nicht wahrgenommen worden. Viele NutzerInnen würden sich an Institutionen und an Umstände anpassen, und es würde ihnen nichts zugetraut, und sie trauten sich dann nichts zu. Um politische Partizipation möglich zu machen, müsste an der Basis angefangen werden, nicht über Menschen mit Behinderungen hinweg entscheiden, sondern ihnen selbst etwas zutrauen.

Marianne Schulze: Es brauche den Mut, etwas einzufordern, um sich einzubringen, muss man lernen sich einzubringen.

Mathias Schmuckerschlag: In der Bildung sehe er Defizite der inklusiven Schule. Ein großer Teil der sehbehinderten und blinden Personen halte am Konzept Sonderschule fest. In den ersten Jahren sei es wichtig, dass man unter Gleichen sei. In einer integrativen Schule wäre man oftmals das schwächste Glied. SonderpädagogInnen seien auch noch nicht überall möglich. Wichtig wäre die Wahlfreiheit, ob man in eine integrative Schule oder in eine Sonderschule geht, zumindest für eine gewisse Zeit. Es gehe auch um die Ausstattung mit Ressourcen.

Marianne Schulze: Was er beschreibe, sei Integration und nicht Inklusion, wie die UN Konvention dies vorsehe. Ein inklusives Bildungssystem müsse die Bedürfnisse abholen können, und es gebe Erfahrungen, dass das geht, auch bei spezifischen Bedürfnissen. Zum Beispiel in Burkina Faso gebe es eine inklusive Schule, das sei auch in einem sehr armen Land möglich. Sie möchte die Forderung nach Partizipation der SelbstvertreterInnen im Bildungsprozess unterstreichen.

Kimble Humer-Vogl, Landtagsabgeordnete Grüne, Salzburg: PolitikerInnen bräuchten auch Assistenz, von den SelbstvertreterInnen, weil sie nicht alle die Expertise hätten. Es sei wichtig, immer daran erinnert zu werden, sonst könne man leicht vergessen, was Menschen mit Behinderungen bräuchten. Sie habe Erich Girlek als Lehrer, er bringe immer wieder Ideen ein! PolitikerInnen seien lernfähig!

Andreas Zehetner, Lebenshilfe NÖ: Teilhabe solle nicht nur in Bildung und Freizeit stattfinden, sondern auch in der Arbeit. Kollegen von ihm würden im Arbeitsmarkt arbeiten, z.B. bei McDonalds und Baumax. Bei der Lebenshilfe NÖ gebe es doch einige Bereiche und Firmen, wo man auch

arbeiten kann. Er habe zum Beispiel Kollegen aus Gumpoldskirchen, die arbeiteten nun bei der Firma Rewe und im Gemeindeamt in Wiener Neudorf.

Ilse Sauer: Mit dem jetzigen Sachwalterschaftsrecht sei Partizipation kaum möglich, da die Angehörigen komplett ausgeschlossen würden. Sie berichtet von einem dramatischen Fall, wo gegen Angehörige z.T. gefälschten Unterlagen gearbeitet worden sei. Gerichtsverfahren seien anhängig. Es sei höchste Zeit, dass es geändert werde in Richtung Unterstützte Entscheidungsfindung.

Marianne Schulze ersucht um Verständnis, dass der Monitoringausschuss nicht konkreten Vorwürfen nachgehen könne, wenn Beteiligte nicht anwesend seien. Man werde daher im Protokoll keine Details wiedergegeben.

Markus Fritsch, Selbstbestimmt Leben OÖ: Wenn man Menschen mit Behinderungen per Gesetz die Eigeninitiative abnehme, würden diese systematisch abbauen. Je mehr Bevormundung es gebe, desto mehr hörten Menschen auf, sich um ihre Angelegenheiten zu kümmern. Die bestehenden Strukturen wirkten darauf hin: Leute würden immer weniger hinterfragen; freie Meinungsbildung werde ausgeschaltet. Die Erfahrungen aus der Schweiz könne er bestätigen, das sei in Oberösterreich ähnlich. Er weise auch auf die Auswirkungen des Föderalismus hin. Sogar Bundesgesetze würden in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich vollzogen.

Gregor Steininger, Wiener Assistenzgenossenschaft: Ein Aspekt von Partizipation am gesellschaftlichen Leben sei die Teilnahme an Freizeitangeboten. In Restaurants und Kaffeehäuser gebe es oftmals bauliche Barrieren und keine barrierefreien WCs. Schlichtungsverfahren sollten in solchen Fällen in Anspruch genommen werden.

Lucia Vock: Inklusion fange nicht erst in der Schule an, sondern schon im Kindergarten.

Erika Neuhold, Wiener Schule für Sozialberufe: Zur Barrierefreiheit in der Gastronomie berichtet sie, sie habe mit einer Freundin im Rollstuhl ein Lokal gesucht, wo man mit 40 Leuten ein Geburtstagsfest feiern könnte. Das sei wirklich ein Problem und eine Herausforderung gewesen. Sie sei überrascht gewesen, dass die Freundin sich an die Situation schon gewöhnt habe. Wieso müssten Lokale diese baulichen Maßnahmen nicht setzen?

Marianne Schulze: Die gesetzlichen Auflagen gäbe es ansatzweise, es scheitere an der Durchführung.

Erich Girlek: Er sei bei vielen Sitzungen dabei, oftmals nicht in Leichter Sprache. Arbeitsgruppen sollten von vornherein in Leichter Sprache kommunizieren. Ein Negativbeispiel sei der Bundesbehindertenbeirat, das sei seine schwierigste Sitzung überhaupt bisher gewesen, sogar Marianne Schulze habe dort in schwerer Sprache gesprochen.

Marianne Schulze: Man werde versuchen, den Bericht des Monitoringausschuss an den Bundesbehindertenbeirat in Leichter Sprache zu verfassen.

Petra Plicka macht eine Zusammenfassung mit Zeichenprotokoll. Applaus für die Zusammenfassung aus dem Publikum!

Brigitte Slamanig, Österreichischer Schwerhörigenbund: Wenn man von barrierefreiem Zugang spreche, gebe es oft wenig Beachtung für barrierefreies Hören. So fehlten meistens Schriftdolmetsch und Induktionsanlage. Es sollte in einer Ö-Norm festgehalten werden, dass barrierefreier Zugang gegeben sein müsse.

Gregor Steininger: Die Grundvoraussetzung für Partizipation sei Persönliche Assistenz. Immer noch seien Menschen davon ausgeschlossen. Auch die Bewilligung des Ausmaßes der Persönlichen Assistenz sei zu kritisieren. Wenn es Verbesserung z.B. im baulichen Umfeld gebe, dann könne auch der Bedarf an Assistenz sinken. Derzeit werde einem da das Menschenrecht vorenthalten.

Marianne Scsepka: Es gebe so viele gehörlose Menschen. Es brauche zB Gegensprechanlagen mit Videoanlage; das Bundessozialamt habe ihren Antrag abgelehnt. Die BearbeiterInnen hätten oft keine Ahnung von der Situation von gehörlosen Menschen.

Marianne Schulze räumt ein, dass es bei der Antragstellung bei Behörden zu Misskommunikation kommen könne, sie verwehre sich aber dagegen, MitarbeiterInnen generell Ahnungslosigkeit zu unterstellen, das sei nicht fair.

Daniel Wied: Die von ihm betreuten Pflegekinder seien alle Kinder mit Lernschwierigkeiten. Schwierigkeiten in der Hilfsmittelversorgung erlebe er auch bei seinem 2-jährigen Pflegesohn. Manchmal brauche es ein halbes Jahr Zeit bis zur Bewilligung. Sein Sohn brauche Hilfsmittel rascher wegen möglicher Versäumnisse von Entwicklungen.

Elisabeth Szymanski vom Monitoringausschuss regt an, ob sich die Situation von gehörlosen Menschen an der Wohnungstür nicht auch mit einem „Türspion“ lösen lasse.

Gunter Trübswasser: Eine gute Gelegenheit für Partizipation seien Wahlen – 2015 seien viele Wahlen angesetzt. Da seien PolitikerInnen immer aufgeschlossen. Es sei wichtig nachzufragen, barrierefreie Wahlmaterialien und Wahlinformation in Leichter Sprache einzufordern.

Michaela Neubauer, Empowerment und Beratung für behinderte Frauen, kommt noch einmal auf die gescheiterte Geburtstagsfeier zurück. Lokale sollten für alle zugänglich sein, nicht nur für Menschen mit Rollstühlen sondern auch mit anderen Mobilitätseinschränkungen.

Isolde Kafka, Monitoringausschuss Tirol: Wie könne man Menschen mit Behinderungen in politische Funktionen bringen? Man müsse Politiker auffordern, Menschen mit Behinderungen in Wahllisten aufzunehmen.

Anna Petrides, Caritas Region Weinviertel: Straßenbahnen hätten oft sehr hohe Stufen. Sie brauche immer Hilfe beim Ein- und Aussteigen.

Claudia Schweinzer: Unter dem Begriff Barrierefreiheit werde Unterschiedliches verstanden. Für sie als gehörlosen Menschen sei das Verständnis von Barrierefreiheit nicht nur die Rampe. Es sollte immer dazugesagt werden, für wen man Barrierefreiheit meine.

Rudolf Pruckner, Vienna People First: Mit einem Sachwalter sei es schwierig, da könne man nicht teilhaben. Daran müsse man arbeiten.

Thomas Winter, ÖHTB Wohnen: Einige Straßenbahnen und U-Bahnen seien mittlerweile barrierefrei. Er schlägt vor, dass PolitikerInnen einen Tag in einer Werkstatt verbringen, damit sie sich wirklich ein Bild machen können.

Johannes Carniel, Volksanwaltschaft: Wenn es Fälle gebe, wo es zu Verfahrensverzögerungen komme, könne und solle man sich an die Volksanwaltschaft wenden. Das gelte für alle Fälle mit Bezug zur Verwaltung.

Hansjörg Hofer, Sozialministerium: Er dankt der Vorsitzenden für die differenzierte Betrachtung der MitarbeiterInnen des Sozialministeriumservice (Bundessozialamts), deren Engagement sei ein sehr hohes. Das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz (BGStG) gelte für alle Barrieren, also nicht nur für bauliche und leicht festzustellende. Neue sich an die Öffentlichkeit wendende Angebote müssten immer barrierefrei sein. Im Bundeskanzleramt gebe es eine Arbeitsgruppe über das Bild von Menschen mit Behinderungen in den öffentlichen Medien, dies solle moderner gestaltet werden. Ein Leitfadens solle dazu erarbeitet werden.

Renate Neunteufel: Sie sei in einer Peerberatungs-Ausbildung gewesen, an der acht Menschen mit Hörbehinderungen teilgenommen hätten. Alle würden gerne arbeiten, aber keine/r habe einen Arbeitsplatz gefunden, wo die Fähigkeiten angewendet werden könnten, zum Beispiel bei der Polizei im Umgang mit gehörlosen Vorsprechenden.

Marianne Karner: Zu politischer Partizipation wolle sie noch erwähnen, dass es im Parlament zwei Enqueten gebe, ‚Sterben in Würde‘ und ‚Demokratie‘, da könnten noch Stellungnahmen abgegeben werden. Man könne dies auch anonym machen. Die Stadt Wien habe vor zwei Jahren die ‚Wiener Charta‘ (Leitfaden für gutes Zusammenleben) erarbeitet, man müsse für die Zukunft etwas Ähnliches

machen, um mehr auf Menschen mit Behinderungen einzugehen und darauf mehr Augenmerk zu legen und Arbeitsgruppen zu diesem Zweck einsetzen.

Oswald Föllerer: Menschen mit Lernschwierigkeiten bräuchten Assistenz, und London zeige vor, wie Barrierefreiheit funktioniere. Das sollten wir auch so machen.

Herbert Heintz: Die Stellungnahmen des Monitoringausschuss gebe es im Internet. Aber wo könne man nachlesen, was daraus geworden sei?

Marianne Schulze: In den Protokollen fänden sich einige Hinweise dazu; jedoch werde der Ausschuss dies in der nächsten Sitzung genauer diskutieren.

Die Vorsitzende dankt allen TeilnehmerInnen für die Zeit, die sie sich genommen hätten, und für 67 Wortmeldungen. Sie danke den GebärdendolmetscherInnen Sabine Zeller und Christian Bruna, den SchriftdolmetscherInnen Gudrun Amtmann und Peter Abel, den Saaltechnikern Christian Jascha, Hannes Fally und Alfred Sturma; den UnterstützerInnen vom Sozialministerium Sabine Köchl, Mario Fürst und Oliver Jires, die die Saalmikrophone getragen und Organisation und Logistik vor Ort bestritten hätten, den MitarbeiterInnen des Büros Waltraud Palank-Ennsmann und Wolfgang Iser für Vorbereitung und Unterstützung und den Mitgliedern, die ehrenamtlich an der Sitzung teilgenommen hätten.

Nach der abschließenden Zusammenfassung dankt sie auch Petra Plicka für Zusammenfassung in Leichter Sprache und Zeichenprotokoll.

Das Protokoll werde demnächst online gestellt werden, dann seien weitere Anmerkungen und Beiträge möglich.

Johanna Mang bedankt sich im Namen aller Mitglieder bei Marianne Schulze für die hervorragende Sitzungsleitung.

#### **Ende der Sitzung**

*Anmerkung: Der Beschluss des Protokolls der letzten Sitzung wird in der nächsten Sitzung nachgeholt.*

Marianne Schulze  
(Vorsitzende)

Johanna Mang  
(Schriftführerin)